

Aktionstage

Die nächsten »Aktionstage Politische Bildung« finden vom 5. bis 23. Mai 2011 statt. Bei den Aktionstagen handelt es sich um eine bundesweite Öffentlichkeitsaktion für die politische Bildung, die seit 2004 vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) in Zusammenarbeit mit der Bundes- bzw. den Landeszentralen getragen und mittlerweile auch mit internationaler Beteiligung durchgeführt wird. Die Aktionstage wollen die Vielfalt der Akteure und Aktionen auf dem Gebiet der politischen Bildung präsentieren sowie gezielt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das der Bildungsträger lenken.

Auf der Eröffnungsveranstaltung am 5. Mai 2011 in Berlin wird der Bundesausschuss den Preis Politische Bildung verleihen. Der bap vergab am 5. Mai 2009 zum ersten Mal den mit insgesamt 16.000 Euro dotierten Preis für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, indem er vier Projekte auszeichnete, die nachhaltig die demokratische politische Kultur unterstützen. Gefördert wird der Preis, der alle zwei Jahre mit wechselndem thematischem Schwerpunkt verliehen wird, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); Schirmherr ist Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Schwerpunkt der neuen Ausschreibung ist »Partizipation und soziales Engagement«. Informationen zum Preis finden sich auf der Website des Bundesausschusses (www.bap-politischebildung.de). Die Angebote der Aktionstage sind auf der Homepage der Bundeszentrale (www.bpb.de/aktionen-tage) aufgeführt.

Praxisforschung in der Weiterbildung

Projekte und Konsultationen

In der fachlichen Debatte über die konzeptionelle und institutionelle Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung wird in letzter Zeit immer wieder die Bedeutung von Praxisforschung, speziell von empirischer Forschung, angemahnt. Dahinter steht das Bemühen der Praktiker und Bildungsverantwortlichen, in Zeiten des beschleunigten sozialen Wandels und der weltweiten bildungspolitischen Herausforderungen die theoretische Klärung des eigenen Standortes voranzutreiben. Dahinter stehen aber auch externe Anforderungen der Evaluation und Qualitätssicherung oder forschungs- und förderungspolitische Schwerpunktsetzungen, so etwa vonseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), das 2007/08 langfristige Programme zur Verbesserung der Bildungs- und Lernforschung aufgelegt hat.

Praxisforschung nutzen

Auf die Notwendigkeit, empirische Forschung zu verstärken und sich speziell dem zu widmen, was in Bildungs- und Lernprozessen »wirklich geschieht«, wird seit den PISA-Erhebungen allenthalben aufmerksam gemacht. Für die außerschulische Szene hatte dazu schon 2000 das »Forschungsmemorandum Erwachsenenbildung« Stellung genommen und auf konkrete Aufgaben hingewiesen (im Netz unter: www.die-bonn.de). Davon wurde einiges aufgegriffen, wie Ekkehard Nussl jüngst in seinem Studententext »Empirisch forschen in der Weiterbildung« (Bielefeld 2010) schrieb, vieles harre jedoch noch einer Antwort und viele neue Fragen seien aufgeworfen worden. »Es gibt also viel zu tun in der Wissenschaft der Weiterbildung, und vor allem gibt

es viel zu tun im Hinblick auf die empirische Forschung« (Nussl).

Dass dazu in der Praxis zahlreiche Aktivitäten zu verzeichnen sind, haben Forschungsprojekte der jüngsten Zeit gezeigt. In der außerschulischen Bildung sind Potenziale vorhanden, die für die wissenschaftliche Erschließung genutzt werden können und die in diesem Sinne – auch wenn bislang keine systematische empirische Erforschung stattfindet – bereits seit Längerem genutzt werden. Das hatte auch Klaus Ahlheim schon 2003 betont, als die Diskussion über den Qualifizierungs- und Forschungsbedarf durch die großen Evaluationsprojekte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung neuen Nachdruck erfuhr. In seiner Publikation »Vermessene Bildung?« (vgl. EB 4/03) erinnerte Ahlheim daran, dass sich die (politische) Weiterbildung von Anfang an mit der Wirkungsfrage, mit Erfolg und Reichweite ihrer Tätigkeit beschäftigt hat und dass die Diagnosen von Theorieferne, hausgemachter Rand- oder Rückständigkeit nicht haltbar sind.

In den damaligen Debatten wurde auch klargestellt, dass aus der Kritik an der Vermessungsmanie, an dem Ideal der Quantifizierung und Nachzählbarkeit, keine generelle Absage an Wirkungsforschung oder empirische Erhebungen folgt: Es geht nicht um den Rückzug aus unangenehmen Forschungsprogrammen, sondern darum, Praxis- und Wirkungsanalysen in pädagogisch reflektierter und auf die Besonderheiten der Erwachsenenbildung zugeschnittener Form zu realisieren. Um diesen Prozess zu forcieren, hatte der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) vor drei Jahren, gemeinsam mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und gefördert vom BMBF, das Forschungsprojekt »Praxisforschung nutzen – Politische

Bildung weiterentwickeln« in Gang gesetzt. Ziel des Projekts, das von der Erziehungswissenschaftlerin Dr. Helle Becker (Essen) geleitet wurde, war die Gewinnung und Nutzbarmachung empirischer Erkenntnisse für die außerschulische politische Bildung.

Das Projekt wurde Anfang 2011 mit der Vorlage des Berichts (erhältlich über: www.adb.de) abgeschlossen. Eine Kurzfassung der Ergebnisse wird, zusammen mit weiteren Informationen und Reflexionen zur Praxisforschung, in der Nr. 2 des »Journals für politische Bildung« erscheinen, das der Bundesausschuss seit 2011 im Wochenschau-Verlag herausgibt. Zum Abschluss des Projekts fand zudem im Dezember 2010 eine Fachtagung von bap und AdB in Berlin statt. Die gut besuchte Fachtagung brachte Wissenschaftler, Praktiker und Bildungsverantwortliche ins Gespräch, an dem sich ebenfalls Vertreter aus Politik und Verwaltung, so aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder dem Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), beteiligten. Der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, betonte dabei die Notwendigkeit, dass die außerschulische Bildungsarbeit als Anwalt eines zivilgesellschaftlichen Bedarfs an Diskussions-, Konsultations- und Mobilisierungsforen offensiv agieren müsse.

Forschungsprojekte

Worin dieser Bedarf im Einzelnen besteht, welche Motive bei der (Nicht-) Teilnahme eine Rolle spielen, wie von der Politik abgeschreckte Bevölkerungskreise aus der Reserve zu locken sind und welche Wirkungen sich in dem breiten Veranstaltungsspektrum der experimentierfreudigen außerschulischen Bildung erzielen lassen, war zentraler Gegenstand des bap-Forschungsprojekts wie des Fachgesprächs in Berlin. Helle Becker machte dabei deutlich, dass die Vorstellung von zielstrebig herstellbaren Bildungsergebnissen an der Realität der Bildungspraxis vorbeigeht – und dass

sie auch im Widerspruch zum Leitbild des mündigen Aktivbürgers steht. Der Erfolg außerschulischer Bildung ist eben nicht an einem Output zu messen, aber diese Bildungsarbeit ist zweifellos wirkmächtig, wie sich in der lebensgeschichtlichen Reflexion zeigt – wenn etwa in biografisch passenden Situationen entscheidende Anstöße gegeben werden, wenn Lust auf Veränderung geweckt wird, und zwar nicht nur im Blick auf konkrete lebenspraktische Vorhaben, sondern auch beim Selbstkonzept der Teilnehmer, die sich auf einmal als kompetente oder gefragte Akteure erleben.

Das »Interesse am Neuen« ist laut Becker ein wichtiges Teilnahmemotiv, das gerade die innovationsbereite Jugend- und Erwachsenenbildung aufgreifen und bedienen kann. Die Diskussion der Ergebnisse wurde in Berlin mit der generellen Frage nach einem zeitgemäßen Theorie-Praxis-Verhältnis verbunden. Wichtig sei, so der Konsens, ein hierarchisierendes Verhältnis von Anweisung oder Zulieferung, aber auch die Vorstellung administrativ angeordneter Kontrolle zu überwinden, um zu einer wirk-

Trendbericht gibt Überblick

Politische Bildung sollte »verstärkt darauf setzen, bildungs- und politikferne Menschen zu erreichen, um diese zu befähigen und zu ermutigen, sich aktiv zu beteiligen. Es darf nicht passieren, dass sich unsere Gesellschaft spaltet in gut gebildete, sozial abgesicherte und politisch aktive Milieus auf der einen und in wenig gebildete, sozial benachteiligte und politisch passive auf der anderen Seite. Für eine Demokratie wäre das eine verheerende Entwicklung.« Diese grundsätzliche Aufgabenstellung für die Bildungspraxis nennt Ernst-Reinhard Beck, MdB, Kuratoriumsvorsitzender der Bundeszentrale für politische Bildung, im neuen Trendbericht, den der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) Anfang 2011 vorgelegt hat.

Dass politische Bildung jungen Menschen aufzuzeigen vermag, »wie sie sich selber einbringen, ihre Anliegen hörbar machen und wie sie ihre Interessen am besten selber vertreten oder in demokratischen Strukturen vertreten lassen können«, betont im Trendbericht Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). »Mitsprache ist der beste Weg zur (Selbst-)Integration«, so Kues, der zugleich deutlich macht, dass Bildung für das BMFSFJ eins der großen und wichtigen Themen ist: »Dabei verstehen wir Bildung als ganzheitliche Bildung für junge Menschen. Dazu gehört die politische genauso wie alle anderen Angebote der außerschulischen Jugendbildung.«

Die neu gestartete Reihe der Trendberichte, die in Zukunft alle zwei Jahre erscheinen sollen, dokumentiert vor allem die Arbeit der Initiativen, die 2009 mit dem erstmals verliehenen Preis Politische Bildung ausgezeichnet wurden. Thematischer Schwerpunkt der ersten Ausschreibung waren Integration und Migration. Die damit verbundenen Fragen werden in der neuen Veröffentlichung auch mit einem Überblick zu den Trends in Politik und politischer Bildung aufgegriffen. Der bap-Vorsitzende Lothar Harles weist eingangs darauf hin, dass politische Bildung in ihrer Angebotsstruktur ein Wesensmerkmal unserer Demokratie und unseres Gesellschaftssystems widerspiegelt: die Pluralität. »Selbst wenn es immer wieder behauptet wird«, so Harles, »gibt es die neutrale Information nicht. Wir müssen schon selbst eine Orientierung entwickeln. Dazu leisten die Bildungsangebote aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Trägerbereichen einen wirksamen Beitrag.«

Bundesausschuss Politische Bildung – bap (Hg.), Trendbericht politische Bildung 2011. Schwalbach/Ts. (Wochenschau) 2011, 80 Seiten, 14,80 €.

lichen Zusammenarbeit zu gelangen. Auf der Tagung wurden dazu viele Anregungen gegeben und auch weitere Forschungsvorhaben vorgestellt. Für einen Forscher-Praktiker-Dialog ist, wie das bap-Projekt erbrachte, aufseiten der Bildungspraxis durchaus Anschlussfähigkeit gegeben. Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses, hielt daher in seinem Überblick fest, dass das Projekt einen wichtigen Beitrag dazu geleistet habe, die »verborgenen Schätze« der Praxisforschung zu heben.

In diesem Zusammenhang sind vor allem zwei Forschungsvorhaben zu nennen, die an das bap-Projekt anschließen und die sich komplementär zueinander verhalten. Auf der einen Seite steht das Projekt von Achim Schröder (Hochschule Darmstadt), das der biografischen Nachhaltigkeit politischer Bildung eine Wirkungsstudie widmen will. Das von der Hans-

Böckler-Stiftung geförderte Projekt, das 2011 startet und mehrere Jahre lang laufen soll, konzentriert sich auf die Befragung von Teilnehmern und Teilnehmerinnen außerschulischer Angebote, wobei im Mittelpunkt Jugendliche und junge Erwachsene stehen sollen. Bei dem anderen Projekt, das von Dr. Klaus-Peter Hufer (VHS Viersen/Universität Duisburg-Essen) und Prof. Bernd Overwien (Universität Kassel) betreut wird, richtet sich der Blick auf die Gegenseite, auf die Lehrenden. In Fortführung früherer wissenschaftlicher Bemühungen, etwa aus dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), geht es darum, den Qualifikationsbedarf von Beschäftigten im Bereich der Erwachsenenbildung zu klären und so das Berufsbild der Profession genauer zu bestimmen.

Der Ansatz des DIE war damals im Bundesausschuss auf Kritik gestoßen, da sich die Überlegungen zum Qua-

lifikations- und Professionalisierungsbedarf allgemein an der Weiterbildung ausrichteten und dabei Aspekte der Fachspezifik unterschiedlicher Bereiche wie beispielsweise der politischen Bildung außer Acht ließen. Um dieses Defizit zu beseitigen, hatte der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben einen eigenen Projektantrag gestellt, der zum Ziel hatte, zur Weiterentwicklung der Professionalisierung in der außerschulischen politischen Bildung beizutragen, indem ein Konzept zur Definition fachlicher Kompetenzen auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet wird. Diesem Antrag wurde jetzt vom BMBF stattgegeben, sodass das Unternehmen 2011 an den Start gehen kann. Betreut wird das Projekt im Rahmen des Bundesausschusses vom BAK Arbeit und Leben (im Netz: www.arbeitundleben.de).

Johannes Schillo

Expertenkreis »Inklusive Bildung«

Inklusive Bildung ist ein zentrales Anliegen der UNESCO, das bereits in der Salamanca-Erklärung 1994 festgelegt und 2008 auf der UNESCO-Weltkonferenz bestätigt wurde. Inklusion fordert, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offenstehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozioökonomischen Voraussetzungen. Desiderate wurden etwa durch die UN-Behindertenrechtskonvention angemahnt, die seit 2007 in Deutschland gilt (vgl. EB 4/07). Auch durch den Besuch des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz in Deutschland 2007 wurden Defizite im Blick auf Inklusion deutlich gemacht.

Im Jahr 2010 wurde der Expertenkreis »Inklusive Bildung« durch die Deutsche UNESCO-Kommission gegründet. Er soll Kompetenz und Erfahrungen aus Wissenschaft, Praxis und Politik miteinander vernetzen

und die Umsetzung inklusiver Bildung bundesweit durch gemeinsame Initiativen fördern. Der Expertenkreis »Inklusive Bildung« kam Anfang 2011 zum ersten Mal in Bonn zusammen. Bei dem Treffen diskutierten die Teilnehmenden politische und rechtliche Rahmenbedingungen der inklusiven Bildung in Deutschland, den aktuellen Forschungsstand sowie Aktivitäten von Verbänden und Stiftungen. Ein zentrales Thema war die praktische Umsetzung inklusiver Bildung in Kindertagesstätten, der Schule und der betrieblichen Ausbildung. Mitglieder des Kreises sind Expert/-innen der inklusiven Bildung aus Politik, Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft. Fragen der Behinderung spielten bei dem ersten Treffen eine wichtige Rolle. »Viele Bundesländer müssen deutlich mehr tun, um inklusive Bildung zu ermöglichen. Die starke Ausdifferenzierung des Sonderpädagogischen Systems kann dabei nicht aufrecht erhalten werden. Die Forschung zeigt

uns, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, welche pädagogischen Konzepte realisiert werden müssen, um das Bildungssystem inklusiv zu gestalten. Wir müssen nun schnell Wege finden, wie wir dies in der Praxis umsetzen können. Die UN-Behindertenrechtskonvention räumt keine beliebigen Wartefristen ein«, so die Vorsitzende des Expertenkreises, Ministerin a.D. Ute Erdsiek-Rave. Mitglieder des Expertenkreises unterstrichen bei dem Treffen, dass in die Forschung zur inklusiven Bildung mehr investiert werden müsse, um Lernergebnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung messen und Schulen auf ihrem Weg zur inklusiven Bildung wissenschaftlich begleiten zu können. Es sei u.a. notwendig, Lehrkräften entsprechende Fortbildungsangebote anzubieten. Zudem müsse die Öffentlichkeit für das Thema inklusive Bildung stärker sensibilisiert werden. Ein Internetportal soll künftig über inklusive Bildung informieren.

wbmonitor

85 % der Weiterbildungsanbieter besitzen mindestens eine formale Anerkennung einer öffentlichen Stelle oder privaten Organisation. Das ist ein zentrales Ergebnis des wbmonitors 2010, der größten jährlichen Umfrage bei Weiterbildungsanbietern in Deutschland. Im Zentrum der Befragung standen in diesem Jahr die Verbreitung und die Auswirkungen von formalen Anerkennungen bei den Weiterbildungsanbietern. Außerdem wurde nach dem Geschäftsklima in der Weiterbildungsbranche gefragt. 43 % der Anbieter verfügen demnach über die Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit für Maßnahmen nach SGB III. Es folgen Anerkennungen durch die Erwachsenen- oder Weiterbildungsgesetze der Bundesländer (39 %) und durch Berufs- bzw. Wirtschaftsverbände (35 %).

71 % der Weiterbildungsanbieter besitzen sogar zwei oder mehr Anerkennungen. Voraussetzung für eine Anerkennung ist häufig der Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems. Dabei liegt DIN EN ISO 9000 vorn: Mehr als ein Drittel der Anbieter sind nach dieser Norm zertifiziert. Beim zweiten Themenschwerpunkt zeigte sich das Geschäftsklima, obwohl der Wert im Vergleich zu 2009 weiter abgefallen ist, weiterhin positiv. Der wbmonitor ist ein Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Die vollständigen Ergebnisse des wbmonitors 2010 finden sich auf der Website: www.wbmonitor.de.

OECD-Bildungsstudie 2010

Deutschland belegt weiterhin einen unterdurchschnittlichen Platz im Ländervergleich der Gesamtausgaben für Bildung. Das ist ein Ergebnis des Berichts »Bildung auf einen Blick« der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Ende 2010 erschienen ist. Die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen lagen demnach in Deutschland 2007 bei 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts – mit in den letzten Jahren rückläufiger Tendenz. Unter den OECD-Ländern, für die diese Zahlen vorliegen, gaben nur die Slowakei, Tschechien und Italien einen geringeren Anteil der Wirtschaftsleistung für Bildung aus. Bei den Spitzenreitern USA, Korea und Dänemark liegt der Anteil der Bildungsausgaben bei über 7 % des Bruttoinlandsprodukts. Pro

Schüler/-in bzw. Studierenden lagen die Ausgaben in Deutschland 2007 kaufkraftbereinigt etwa im OECD-Schnitt. Im Primarbereich liegen die Ausgaben leicht unter dem OECD-Schnitt, in der tertiären Ausbildung leicht darüber. Zwischen 2000 und 2007 sind in fast allen OECD-Ländern die Ausgaben pro Schüler/-in im Primar- und Sekundarbereich gestiegen, teilweise sehr deutlich. In der tertiären Ausbildung sind im gleichen Zeitraum die Ausgaben pro Studierenden in etwa der Hälfte der OECD-Länder gestiegen. In Deutschland haben sich in beiden Bereichen die Ausgaben dagegen kaum verändert. »Bildung auf einen Blick« ist die jährlich erscheinende Veröffentlichung der OECD mit international vergleichbaren Daten zum Bildungsbereich. Website: www.oecd.org.

Alphabetisierung

Mit dem Länderbericht »Erwachsenenalphabetisierung und Literalität in England« liegt seit Ende 2010 der vierte Ergebnisbericht aus dem Projekt »Alpha – State of the Art« vor. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts ist es, den Forschungsstand im Bereich der Alphabetisierung zu verbessern (vgl. »Zukunftsaufgabe Grundbildung« in EB 1/09). Koordiniert wird das Projekt vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Gegenstand der Länderberichte ist der Umgang von Politik und Wissenschaft mit dem Thema Alphabetisierung.

Analysiert werden u.a. die politischen Strategiepapiere zur Verbesserung der Alphabetisierung und die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema. Außerdem sollen Lücken in Theorie und Praxis ermittelt und

Good-Practice-Beispiele vorgestellt werden. Das Projekt will einen Beitrag zur nationalen Umsetzung der Weltalphabetisierungsdekade leisten, die die UNO für den Zeitraum 2003 bis 2012 ausgerufen hat. Bei der Untersuchung von Alphabetisierung und Grundbildung in verschiedenen Ländern sollen sowohl nationale Alphabetisierungsentwicklungen skizziert als auch innovative Beispiele aus der Praxis vorgestellt werden. Neben dem zuletzt erschienenen Länderbericht über England liegen bislang Berichte aus Spanien, Deutschland und Südafrika vor. Im Projekt wurde außerdem eine fachspezifische Literaturdatenbank angelegt. Sie umfasst den Bereich Alphabetisierung/Grundbildung und die angrenzenden Fachdisziplinen samt Praxisbeispielen. Die Datenbank findet sich im Netz auf der Projektseite unter www.die-bonn.de/state-of-the-art.